

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 24/0189-01

Status: öffentlich

Datum: 06.03.2024

Sachstand zum Missbrauch von Notrufen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beratungsfolge:

Gremium:

BSO

Datum:

21.03.2024

Status:

Ö

Zuständigkeit:

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragen:

Die Verwaltung wird um einen Bericht gebeten, in dem über das Ausmaß missbräuchlicher Alarmierungen von Rettungskräften in Mülheim an der Ruhr informiert wird. "Missbräuchlich" schließt in diesem Fall sowohl vorsätzliche Fehlalarmierungen als auch die Anforderung des Rettungsdienstes in Fällen ein, die objektiv keine Notlage darstellen, die eine Rettungsfahrt erforderlich macht. Wir bitten um eine getrennte Darstellung dieser beiden Fallgruppen.

Wenn möglich, bitten wir um eine Aufschlüsselung der Fallzahlen nach den betroffenen Organisationen (Feuerwehr und Hilfsorganisationen).

Zusätzlich bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellen sich die Fallzahlen in Mülheim im Vergleich zu anderen Kommunen in NRW dar? Gibt es hier Auffälligkeiten?

2. Wie beeinflussen "überflüssige Alarmierungen" im Rettungsdienst die Arbeit der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen?
3. Welche Konsequenzen werden bei vorsätzlichen Fehlalarmierungen gezogen? (Stichwort: Rettungswagen als Taxi-Alternative)
4. Welche Kosten entstanden in den letzten 5 Jahren per annum durch solche Einsätze und wie werden diese umgelegt?
5. Wie verfährt man mit Menschen, die offensichtlich fahrlässig Situationen falsch einschätzen und Notfälle annehmen, wo keine sind? (Stichwort: Rettungswagen bei 38 Grad Fieber)
6. Welche Möglichkeiten sehen Verwaltung, Feuerwehr und Hilfsorganisationen, um die Eigenverantwortung und Fähigkeit zur Selbsthilfe der Bevölkerung zu stärken?
7. Kann "Telemedizin" zukünftig ein Element sein, um überflüssige Rettungsfahrten zu reduzieren? Gibt es dahingehend bereits Planungen oder Konzeptideen?
8. Kam es bereits zu Fällen, in denen ein tatsächlicher Notfall aufgrund parallel gefahrener Einsätze ohne dringenden Anlass nicht rechtzeitig erreicht werden konnte?

Begründung:

Uns erreichte die Information, dass seit einigen Jahren ein Trend zur Alarmierung von Rettungskräften in unkritischen Alltagssituationen besteht. Dabei scheint die Schwelle zur Alarmierung von Hilfskräften immer weiter zu sinken, was langfristig die Funktionsfähigkeit des Rettungsdienstes gefährden kann und zudem unnötige Kosten verursacht. Der Rettungsdienst ist für objektive Notlagen gedacht und sollte nicht anlasslos belastet werden.

Christina Küsters
CDU-Fraktionsvorsitzende

Franziska Krumwiede-Steiner
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Max Oesterwind
Ausschusssprecher
CDU-Fraktion

Niels Rose
Ausschusssprecher
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen